

Kurden unter Druck: die Folgen des US-Truppenabzugs für den PKK-Ableger in Syrien

Steinberg, Guido; Albrecht, Aljoscha

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Steinberg, G., & Albrecht, A. (2019). *Kurden unter Druck: die Folgen des US-Truppenabzugs für den PKK-Ableger in Syrien*. (SWP-Aktuell, 4/2019). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. <https://doi.org/10.18449/2019A04>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Mitglied der

Leibniz-Gemeinschaft

SWP-Aktuell

NR. 4 JANUAR 2019

Kurden unter Druck: Die Folgen des US-Truppenabzugs für den PKK-Ableger in Syrien

Guido Steinberg/Aljoscha Albrecht

Am 19. Dezember 2018 kündigte US-Präsident Donald Trump an, die mehr als 2000 im Norden und Osten Syriens stationierten US-Truppen innerhalb von 30 Tagen abzuziehen. Der Nationale Sicherheitsberater des Präsidenten, John Bolton, und andere versuchten daraufhin, den Rückzug aufzuschieben und an Bedingungen zu knüpfen. Noch ist deshalb unklar, wann die Amerikaner ihre Soldaten zurückholen, doch dürfte dies noch 2019 geschehen. Trumps Entscheidung hat Folgen insbesondere für die syrisch-kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG), die gemeinsam mit den US-Truppen die syrischen Regionen östlich des Euphrat vom »Islamischen Staat« (IS) befreit haben. Die Türkei hat mehrfach angekündigt, militärisch zu intervenieren, um die kurdische Organisation zu zerschlagen. Auch die syrische Regierung hat erklärt, dass sie »jeden Zentimeter Syriens« zurückgewinnen will. Es droht ein Wettlauf um die Kontrolle über die Kurdengebiete, deren Autonomie damit schon bald ihr Ende finden dürfte.

Die gegenwärtige Situation der Kurden in Syrien ist das fast zwangsläufige Resultat der amerikanischen Vorgehensweise bei der Bekämpfung des IS in diesem Land. Spätestens im Jahr 2015 entschied sich die Obama-Administration endgültig, zu diesem Zweck mit den YPG zusammenzuarbeiten. Dieser Entschluss war problematisch, denn die Türkei betrachtet die syrische Kurdenmiliz als Ableger der türkischen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und damit als gefährliche Terrororganisation. Seit 2015 führte die Kooperation mit den YPG immer wieder zu Spannungen zwischen Washington und Ankara.

Die Kurden in Syrien

Im Jahr 2011, kurz vor Beginn des syrischen Bürgerkriegs, lebten in Syrien zwischen zwei und drei Millionen Kurden. Damit stellten sie etwa zehn Prozent der Bevölkerung von etwa 24 Millionen. Heute dürfte die absolute Zahl der Kurden im Land aufgrund von Flucht und Vertreibung deutlich niedriger sein. Die kurdische Bevölkerung lebt mehrheitlich in drei Gebieten nahe der türkischen Grenze: in der Provinz Hasaka mit den Städten Hasaka und Qamishli im äußersten Nordosten des Landes, in der Umgebung der Stadt Ain al-Arab/Kobanê im



zentralen Norden und in der Region um die Stadt Afrin im Nordwesten. Außerdem leben viele Kurden in den Großstädten Aleppo und Damaskus.

Die Lebensumstände waren für die Kurden in Syrien lange Zeit noch kritischer als in der Türkei und im Iran. Ein Grund dafür war die brutale Repression aller oppositionellen Bestrebungen durch das Regime. Für die Kurden war die Lage besonders schwierig, weil sie als stärkste ethnische Minderheit in einem Staat, der sich seit Beginn der Herrschaft der Baath-Partei im März 1963 als Bannerträger des arabischen Nationalismus sah, als außerordentlich gefährliche Bedrohung galten. Das Ergebnis waren sehr weitgehende Diskriminierungen. Im Nachgang einer Volkszählung im Jahr 1962 wurde rund 120 000 Kurden die syrische Staatsangehörigkeit aberkannt. Sie und ihre Nachfahren galten den syrischen Behörden seither als geduldete Staatenlose. Die Zahl dieser Ausgebürgerten – die wiederum in registrierte (ajanib) und unregistrierte (maktumin) Staatenlose unterteilt wurden – dürfte 2011 bei über 300 000 gelegen haben.

Nach 1963 ersann die syrische Regierung noch weitergehende Maßnahmen. In den 1960er Jahren entwickelte sie den Plan eines »Arabischen Gürtels«, der die kurdischen Bevölkerungszentren in Syrien von denen in der Türkei und im Irak trennen sollte. Aus einem Gebiet von 280 Kilometern Länge und 15 Kilometern Breite sollten die Kurden im syrischen Nordosten weiter ins Landesinnere deportiert werden. Zwar wurde dieser Plan nur teilweise und für wenige Jahre verwirklicht, doch die Umsiedelungen schufen in den betroffenen Regionen eine schwierige Gemengelage, die einer der Gründe für die nach 2011 zahlreichen Konflikte zwischen Arabern und Kurden gewesen ist. Die schweren Diskriminierungen, die alle Kurden im Nordosten trafen, blieben bis 2012 bestehen. So durfte in den Schulen und Universitäten nicht in kurdischer Sprache gelehrt werden und kurdische Publikationen waren verboten. Auch Feiern anlässlich des kurdischen Neujahrsfestes Newroz wurden immer wieder aufgelöst. Kurden waren auf allen Hierar-

chiestufen des öffentlichen Dienstes – dem mit Abstand wichtigsten Arbeitgeber in Syrien – stark unterrepräsentiert. Dies galt in besonderem Maße für die Sicherheitskräfte, in denen Kurden proportional noch schwächer vertreten waren.

Nach der amerikanischen Invasion im Irak 2003 verschärfte die syrische Regierung die Politik gegenüber den Kurden noch. Anlass war das Erstarken der irakischen Kurden unter der Führung von Masud Barzani und Jalal Talabani, die ihre im Nordirak seit 1991 de facto bestehende Autonomiezone unter dem Schutz der US-Truppen konsolidieren konnten. Diese Entwicklung erhöhte das Misstrauen der Assad-Regierung gegenüber den eigenen Kurden. Häufig wurde der Vorwurf laut, diese wollten die Einheit des syrischen Staates sprengen. Als im März 2004 im kurdischen Nordosten Unruhen ausbrachen, deren Wellen bis in kurdischen Viertel von Damaskus reichten, wurden sie brutal niedergeschlagen.

Syrien und die PKK/PYD bis 2014

Besonders hart traf die erneute Verfolgungswelle die Partei der Demokratischen Union (Partiya Yekitîya Demokrat, PYD), die 2003 als syrische Teilorganisation der türkischen PKK gegründet wurde. Da die PYD 2004 zu Protesten aufrief und dem Assad-Regime als wachsende Gefahr galt, wurden ihre Anhänger besonders kompromisslos verfolgt.

Dass die PYD für Damaskus zu einem Problem wurde, war auch eine Folge der bis 1998 währenden Unterstützung der PKK durch die syrische Führung. Zwischen 1979 und 1998 hielt sich der PKK-Führer Abdullah Öcalan in Syrien auf, seine Organisation hatte hier ihr Hauptquartier und unterhielt Trainingslager in der – damals syrisch kontrollierten – Bekaa-Ebene im Libanon. Dem syrischen Präsidenten Hafiz al-Assad, der das Land von 1970 bis 2000 diktatorisch regierte, ging es vor allem darum, ein Druckmittel gegenüber Ankara in der Hand zu haben. Da die PKK ausschließlich den türkischen Staat bekämpfte und sich nicht um die schlechten Lebensbedingungen der syri-

schen Kurden kümmerte, war sie dem Assad-Regime willkommen. Die syrischen Behörden ließen sogar zu, dass sich viele einheimische Kurden der PKK anschlossen. Diese stellten seit den 1990er Jahren immer bis zu knapp einem Drittel der Kämpfer und Kämpferinnen der Organisation; bis kurz vor Beginn des Bürgerkriegs in Syrien sollen rund 4000 Syrer im Kampf für die PKK getötet worden sein. Ein Grund für die Popularität der türkischen Gruppierung unter syrischen Kurden dürfte die Tatsache gewesen sein, dass es keine starken syrisch-kurdischen Organisationen gab, da der syrische Staat alle Ansätze dazu unterdrückte. Hinzu kam, dass zwischen den syrischen und türkischen Kurden enge familiäre, kulturelle und sprachliche Bindungen bestanden, die trotz aller Schwierigkeiten die Entstehung und Konsolidierung der Nationalstaaten im Nahen Osten überdauert haben.

Die Situation änderte sich 1998, als Syrien unter massivem türkischem Druck – türkische Truppen waren an der syrischen Grenze aufmarschiert – seine Unterstützung für die PKK aufgab, Öcalan auswies und sich bereiterklärte, bei der Bekämpfung der PKK mit Ankara zusammenzuarbeiten. Die Organisation zog sich mit ihrem Hauptquartier in die Kandil-Berge im Nordirak zurück und wandte sich in ihren Statements seitdem zunehmend gegen die Regierung in Damaskus. Da die Zahl der syrischen Kämpfer in der PKK hoch blieb – 2009 soll sie bei etwa 1500 Männern und Frauen gelegen haben – bestand aus Sicht des Assad-Regimes die Gefahr, dass sie in ihr Heimatland zurückkehren und dort gegen die Machthaber kämpfen könnten. Innerhalb der Organisation wuchs in den 2000er Jahren eine Generation junger Kurden heran, die deutlich transnationaler dachte und operierte als die alte PKK. Die älteren Kader, einschließlich der Syrer unter ihnen, waren ganz auf einen herkömmlichen Guerillakrieg gegen den türkischen Staat im Südosten des Landes fokussiert. Viele jüngere Kämpfer glaubten jedoch, dass die PKK für die Befreiung aller kurdischen Gebiete eintreten sollte – einschließlich derjenigen in Syrien. Dies erklärt die harte Linie des

Assad-Regimes gegenüber der neu gegründeten PYD. Doch trotz aller Gegenmaßnahmen des syrischen Staates konnte sich die PYD im Untergrund halten. Dort festigte sie in den Folgejahren ihre Strukturen und gründete die YPG als ihren militärischen Arm. Ab 2008 begann die PYD auch, einen eigenen Sicherheitsapparat aufzubauen, aus dem später ihre Geheimpolizei (Asayiş) hervorging.

Die Stunde der PYD schlug, als Syrien nach einer Reihe von Protesten, die 2011 begannen, im Folgejahr in den Bürgerkrieg abrutschte. Um die Kurden davon abzuhalten, sich den sunnitisch-arabischen Aufständischen anzuschließen, sah sich Bashar al-Assad gezwungen, Zugeständnisse zu machen: Viele kurdische »Staatenlose« erhielten damals auf Anweisung des Präsidenten syrische Papiere, inhaftierte PYD-Mitglieder wurden freigelassen. Parallel entsandte die PKK mehrere Hundert Funktionäre und Kämpfer aus den Kandil-Bergen nach Hasaka, damit diese dort Führungspositionen in der PYD und in den YPG übernehmen konnten. Da das Regime aufgrund von massenhaften Desertionen, Niederlagen und Krisenherden in anderen Landesteilen nicht mehr in der Lage war, auch im Norden und Nordosten präsent zu bleiben, zogen sich die Verwaltung, die Sicherheitskräfte und das Militär im Juli/August 2012 aus den kurdischen Gebieten zurück. Die PYD mit ihren Milizkräften stellte die vor Ort mit Abstand stärkste kurdische Organisation dar und übernahm die Kontrolle in den von Damaskus geräumten Regionen. Die Machtübernahme verlief gewaltlos und nach Absprache zwischen der syrischen Regierung und der PYD; die Regimeeinheiten sollen den Kurden auch Material und Waffen überlassen haben. Einige syrische Truppen und Sicherheitskräfte blieben weiterhin in den Städten Qamishli und Hasaka. In Qamishli kontrollierten sie den geschlossenen Grenzübergang zur Türkei, einen Teil der Innenstadt und den Flughafen. In Hasaka blieben Militär- und Polizeikräfte in einem Stützpunkt am Stadtrand und in Behörden in der Stadt präsent. Regierungstreue Milizen operieren bis heute in beiden Städten.

Die PYD

Teilorganisation der PKK

Bis 2012 bestätigten die PYD und ihre Vertreter gerne und häufig ihre Bindung an die PKK. Die PYD ist ein Teil der im Jahr 2007 gegründeten »Union der Gemeinschaften Kurdistans« (KCK), einer PKK-Frontorganisation, die als Dachverband für die PKK-Teilgruppierungen in der Türkei, im Irak (PÇDK), im Iran (PJAK) und in Syrien (PYD) dient. An der Spitze der KCK steht der seit 1999 in der Türkei inhaftierte Abdullah Öcalan, der in der Regel als »Führer« (önder, rêber) oder »Onkel« (apo) bezeichnet wird und über seine Anwälte aus dem Gefängnis Anweisungen nach außen kommuniziert. Diese betreffen vor allem Grundlinien der Ideologie und Strategie, die von der PKK-Führung in den Kandil-Bergen befolgt werden.

Das wichtigste Entscheidungsgremium der PKK ist der KCK-Exekutivrat, der von einer männlich-weiblichen Doppelspitze angeführt wird. Faktisch ist es aber Cemil Bayık (alias Cuma), ein Mitbegründer der Organisation, der seit Juli 2013 als Vorsitzender des Exekutivrats der KCK und damit als PKK-Anführer fungiert. Fast ebenso mächtig ist Murat Karayılan (alias Cemal), der bis Juli 2013 die Nummer zwei nach Öcalan war und die KCK anführte, bevor er Bayık Platz machen musste und zum Oberbefehlshaber der PKK-»Volksverteidigungskräfte« (HPG) ernannt wurde. Der für die PYD wichtigste Funktionär in der PKK-Spitze ist aber der syrische Kurde Fahman Husain (alias Dr. Bahoz Erdal), der als einer der mächtigsten PKK-Kommandeure überhaupt gilt. Presseberichten zufolge wurde er 2002 von Öcalan beauftragt, die PYD als syrische Zweigstelle aufzubauen und anschließend aus dem Hintergrund zu führen. Husain soll über Kontakte zu den Geheim- und Sicherheitsdiensten des Assad-Regimes verfügen. Über diese Kanäle sollen 2012 beispielsweise die Absprachen über den Rückzug des Regimes aus den Kurdengebieten getroffen worden sein. Husain soll sich ab 2011 häufig in Syrien aufgehalten haben.

Einiges spricht dafür, dass er der eigentliche starke Mann in der PYD und Befehlshaber der YPG ist.

Führung

Die PYD und die PKK geben sich seit 2012 große Mühe, ihre enge Verbindung zu verbergen. Wahrscheinlich fürchten beide Organisationen, dass sie in Syrien und international auf Ablehnung stoßen könnten, wenn sie wie vor dem Bürgerkrieg in Syrien offener mit ihrer Verflechtung umgingen. Ungeachtet dessen ist diese vielfach belegt und unübersehbar.

Die Leitungsebene der PYD setzt sich überwiegend aus syrischen Kadern zusammen, die über langjährige Erfahrung in der PKK verfügen. Dies gilt auch für die Führungspositionen der YPG und der Asayiş, der Geheimpolizei der Partei. Nur die Zivilverwaltung besteht vorwiegend aus lokal rekrutierten Kurden. Die PYD bemüht sich außerdem, das Ausmaß ihres Einflusses auf die Politik in den Kurdengebieten zu verschleiern. Offiziell agiert sie als Teil eines Parteienbündnisses namens Bewegung der Demokratischen Gesellschaft (Tevgera Civaka Demokratîk oder kurz TEV-DEM), in der sie aber als mit Abstand stärkste Kraft vertreten ist. Außerdem präsentiert die Partei Politiker als Führungspersonlichkeiten, die aber nicht die wichtigsten Entscheider sind. Nominell geführt wird die PYD seit September 2017 von der Doppelspitze Shahoz Hasan aus Hasaka und Aisha Heso aus Afrin. Hasan übernahm das Amt von Salih Muslim, der weitaus bekannter ist und als Gesicht der PYD im Ausland fungiert. Hasan und Heso lebten im Unterschied zu Muslim mehrere Jahre im Hauptquartier der PKK in den Kandil-Bergen, bevor sie zu Beginn des Aufstands nach Syrien geschickt wurden. Damit legte die PKK die enge Bindung der PYD ein Stück weit offener, als dies zur Zeit von Muslim der Fall war.

In der tatsächlichen Hierarchie der PYD sind die militärischen Anführer der YPG jedoch die weitaus wichtigeren Persönlichkeiten. Zu ihnen gehört neben Fahman Husain

vor allem Nurettin Halef al-Muhammed (alias Nurettin Sofi), ebenfalls ein syrischer Kurde, der einigen Berichten zufolge die YPG bis Mai 2017 anführte, nachdem er vorher als wichtiger Kommandeur der HPG fungiert hatte. Ihm dürfte der türkische Kurde Sabri Ok nachgefolgt sein. Die YPG wuchsen vor allem ab 2011, als die PKK Hunderte Kämpfer aus dem Nordirak nach Nordsyrien schickte, um die YPG zu verstärken und Rekruten auszubilden. Seit 2012 haben die YPG viel Kampferfahrung gesammelt und sich zu einer quasiregulären Truppe entwickelt, die ab 2014/15 zudem stark von ihrem Bündnis mit den USA profitierte. Zu den YPG gehören auch die Frauenverteidigungseinheiten (YPJ), der weibliche bewaffnete Arm der PYD. Deren militärische Bedeutung ist jedoch geringer als das öffentliche Interesse an ihnen.

Nach eigenen Angaben haben die YPG heute 40 000 bis 50 000 Männer und Frauen ständig unter Waffen; unabhängige Schätzungen gehen eher von rund 30 000 aus. Davon dürften etwa 5000 Frauen sein. Vielleicht wichtiger als die Zahl ist aber die Fähigkeit der YPG, Verluste auszugleichen. Zwar liegen verlässliche Zahlen zu Toten und Verletzten nicht vor. Doch scheinen diese phasenweise sehr hoch gewesen zu sein, und die Zahl der getöteten Kämpfer und Kämpferinnen dürfte bei über 10 000 liegen. Die YPG konnten diese Verluste indes immer wieder kompensieren, ohne dass ihre militärische Stärke jemals sichtbar nachließ.

Ideologie und Ziele

Die PYD vertritt als syrischer Ableger der PKK auch deren Ideologie, wie die Spitze der Partei offen einräumt. Kernbestandteil ist ein Personenkult um Abdullah Öcalan, der stark sektenartige Züge hat. Wo die PYD das Sagen hat, finden sich in großer Zahl Bilder des PKK-Chefs in den Straßen, in Militärlagern, Schulen und Verwaltungsgebäuden. Öcalans Bücher sind unerlässlicher Bestandteil der ideologischen Schulung für die Rekruten in Syrisch-Kurdistan. Dass er auch nach 20 Jahren im Gefängnis An-

hänger mobilisieren und ihr Weltbild maßgeblich beeinflussen kann, spricht für das enorme Charisma des Kurdenführers.

Die PKK war lange Zeit eine marxistisch-leninistische Partei, die einen maoistisch inspirierten Guerillakrieg führte. Doch seit den 1990er Jahren lässt sich bei Öcalan eine Hinwendung hin zu zeitgemäßeren Konzepten des bewaffneten Kampfes und der oppositionellen Organisation beobachten. Besonderen Anklang fanden bei ihm die Werke des US-amerikanischen Öko-Anarchisten Murray Bookchin (1921 – 2006), der die Ansicht vertrat, dass Staaten ersetzt werden könnten durch »Konföderationen« unabhängiger kommunaler Versammlungen. Ab 2005 ergänzte Öcalan den Marxismus-Leninismus der PKK um eine auf den Ideen Bookchins beruhende Weltanschauung. Er proklamierte nunmehr einen sogenannten »demokratischen Konföderalismus« und forderte seine Anhänger auf, ihre Bestrebungen nicht mehr auf die Gründung eines unabhängigen kurdischen Staates zu richten, sondern ihre sozialistischen Ideale basisdemokratisch von unten umzusetzen. Überall dort, wo Kurden lebten, sollten sie kommunale und regionale Räte bilden, die länderübergreifend zusammenarbeiten; elementare Stützen dieses Räteystems müssten die Gleichberechtigung der Geschlechter, Religionsfreiheit und die Wahrung der Rechte von Minderheiten sein.

Gleichzeitig blieben die leninistische Prägung und der daraus abgeleitete Führungsanspruch als Kaderpartei de facto die Leitlinie des Handelns der PKK. Die Partei dominierte und kontrollierte alle neu geschaffenen politischen Strukturen in Syrisch-Kurdistan, so dass das dort etablierte gesellschaftliche und politische System alles andere als »demokratisch« war, sondern eher einer Einparteienherrschaft nach realsozialistischem Vorbild ähnelte.

Ziel der PKK ist es nach wie vor, die mehrheitlich kurdisch besiedelten Gebiete autonom zu kontrollieren. Verändert hat sich seit 2005 vor allem, dass sich die PKK nicht mehr ausschließlich auf den bewaffneten Kampf gegen die Türkei konzentriert, sondern kurdische Selbstbestimmung in

allen vier Staaten fordert, in denen Kurden stark vertreten sind, also in der Türkei, in Syrien, im Irak und im Iran. Es ist ein wichtiger Grundgedanke des »demokratischen Konföderalismus«, dass eine autonome kurdische Entität von unten her in allen Ländern entsteht, in denen Kurden nennenswerte Teile der Bevölkerung stellen. Die PKK verlangt von diesen Staaten, dass sie, die PKK, das Modell des demokratischen Konföderalismus in den dann autonomen Kurdengebieten einrichten und dort herrschen darf. Auch wenn sie Staatlichkeit offiziell ablehnt, will sie doch die alleinige Kontrolle über ein quasistaatliches Territorium ausüben, das sich über Teile der Türkei, des Irak, des Iran und Syriens erstreckt.

Strukturen in Syrien

Die Schwäche des syrischen Staates erlaubte es der PYD (und damit der PKK) ab Juli/August 2012, dieses Konzept im Norden Syriens zu erproben. Die PYD kontrollierte dort inzwischen große Gebiete in Afrin, Kobanê und Hasaka/Jazira. Sie bezeichnete diese drei Regionen als »Kantone« und rief im November 2013 die autonome »Demokratische Selbstverwaltung« in Rojava (Westkurdistan oder Syrisch-Kurdistan), wie sie die kurdischen Gebiete in Syrien nennt, aus.

Ab 2014 baute die PYD ihre Macht in Rojava weiter aus, indem sie konkurrierende kurdische Organisationen verdrängte. Dabei handelte es sich vor allem um syrisch-kurdische Gruppierungen mit engen Beziehungen zur Demokratischen Partei Kurdistans (KDP) Masud Barzanis, des Präsidenten Irakisch-Kurdistans. Willkürliche Verhaftungen, Folterungen und Morde von bzw. an Oppositionellen waren in dieser Phase verbreitet. Ab Januar 2014 richtete die PYD gemeinsam mit verbündeten Organisationen offiziell eine Übergangsverwaltung und lokale Regierungen in den einzelnen Kantonen ein und veröffentlichte den sogenannten »Gesellschaftsvertrag von Rojava.« Obwohl sich die PYD ab Mitte 2014 vor allem den Angriffen des IS erwehren musste, verkündete sie im März 2016 die Autonomie der »Demokratischen Föderation Rojava/

Nordsyrien«. Getreu den Vorgaben Öcalans blieben die Kurdengebiete aber weiter Teil des Staatsverbands und bekannten sich zur territorialen Integrität Syriens.

Bündnis mit den USA

Das US-Militär, das ab Sommer/Herbst 2014 den Kampf gegen den IS in Syrien aufgenommen hatte, arbeitete in der Folge immer intensiver mit den YPG zusammen. Auslöser war der Kampf um die Stadt Kobanê.

Schon 2012 hatte es erste Auseinandersetzungen zwischen syrischen Aufständischen und den YPG gegeben. Der Grund war vor allem der Aufstieg islamistischer Gruppierungen wie der Nusra-Front, die die PYD wegen ihrer Kooperation mit dem Assad-Regime und ihrer kommunistischen Weltanschauung ablehnten. Mit dem Auftreten des IS ab April 2013 nahm dieser Konflikt an Schärfe zu. Kämpfe unter den Rebellen führten in der ersten Jahreshälfte 2014 zum Rückzug des IS in den syrischen Osten. Ab Mitte 2014 richtete sich die Expansion des IS vor allem gegen Gebiete in den Provinzen Hasaka, Raqqa und Aleppo, die von den YPG gehalten wurden. Wichtigstes Ziel des IS war die Stadt Kobanê an der türkischen Grenze. Als sich abzeichnete, dass die kurdischen Verteidiger sich des Angriffs nicht würden erfolgreich erwehren können, intervenierten ab September 2014 die USA auf Seiten der Kurden. Das US-Militär flog gemeinsam mit Verbündeten Angriffe auf den IS und lieferte Waffen und Munition an die Kurden. Die Schlacht um Kobanê endete im Januar 2015 mit einem Sieg der YPG.

Der Erfolg überzeugte die US-Regierung, beim Kampf gegen den IS fortan auf die YPG zu setzen und die Unterstützung für die Kurden auszuweiten. Ab 2015 entsandten die USA auch Spezialkräfte und herkömmliches Militär, die die kurdischen Einheiten ausbildeten und sich selbst am Kampf beteiligten. Die Zahl der US-Truppen nahm schnell zu und lag im Januar 2019 bei mehr als 2000 Mann. Dabei sah die US-Regierung mangels Alternativen zu den

Kurden darüber hinweg, dass die PKK auch auf der US-Terrorismusliste steht. Stattdessen bemühten sich das US-Militär und die PYD um arabische Verbündete in den Gebieten, die sie während der folgenden Offensiven eroberten. Sie wollten den Eindruck vermeiden, die »PKK« – wie PYD und YPG von Arabern in Syrien in der Regel genannt werden – besetze arabisches Territorium. Zu diesem Zweck gründeten sie im Oktober 2015 auch die Allianz »Demokratische Kräfte Syriens« (SDF). In diesem Bündnis waren zwar auch arabische und christliche Einheiten vertreten, doch die YPG dominierten. Die SDF erzielten große Erfolge im Kampf gegen den IS, der sich mit allen Mitteln wehrte, sich gegen die US-Amerikaner und Kurden jedoch nicht behaupten konnte. Im Oktober 2017 verlor der IS seine Hauptstadt Raqqa und zog sich anschließend in das Euphrattal nahe der irakischen Grenze zurück, wo er Anfang 2019 nur noch in kleineren Orten präsent war.

Die Kurden verfolgten neben der Niederlage des IS weitergehende Ziele. So planten sie vor allem, die mehrheitlich von Arabern besiedelten und ab 2012 von sunnitischen Rebellen gehaltenen Gebiete zwischen den kurdischen Kantonen Hasaka/Jazira und Kobanê sowie zwischen Kobanê und Afrin einzunehmen. Im Juni 2015 gelang es den YPG, dem IS die wichtige Grenzstadt Tall Abyad zu entreißen und so eine Landverbindung zwischen Hasaka und Kobanê herzustellen. Im Februar 2016 rückten die Kurden von Kobanê über den Euphrat in den Osten der Provinz Aleppo vor, um auch eine Landverbindung nach Afrin zu eröffnen. Dieses Vorhaben scheiterte jedoch an der Intervention des türkischen Militärs, das gemeinsam mit syrischen Rebellen im Februar 2017 die Stadt al-Bab einnahm.

Ankara wollte mit diesem Eingreifen verhindern, dass die PKK einen Gebietsstreifen entlang der türkischen Grenze kontrolliert, der sich vom Irak bis nach Afrin erstreckt. Im Nordirak hatte die PKK nämlich den Kampf gegen den IS genutzt, um mit Hilfe jesidischer Verbündeter Teile der Region

um Sinjar einzunehmen, die an das syrische Hasaka grenzt. Ankara sah in der Expansion der PKK im Irak und Syrien den Versuch, den Nukleus eines eigenen Staates und ein sicheres Rückzugsgebiet für den bewaffneten Kampf in der Türkei zu schaffen. Im Januar 2018 reagierte das türkische Militär deshalb mit einer Offensive gegen Afrin, die im März mit einer vollständigen Niederlage der YPG und ihrem Rückzug nach Osten endete. 2017 und 2018 erklärte der türkische Präsident Erdoğan außerdem mehrfach, die PYD/YPG auch in den kurdischen Gebieten östlich des Euphrat angreifen und zerschlagen zu wollen. Als US-Präsident Trump Ende März 2018 erstmals ankündigte, die amerikanischen Truppen aus Syrien abziehen zu wollen, zog die PYD die Konsequenz, indem sie bereits im Sommer 2018 Gespräche mit Vertretern des Assad-Regimes führte.

Das Ende der kurdischen Autonomie

Der angekündigte Abzug der US-Truppen stellt die PKK in Syrien vor existenzbedrohende Probleme. Die türkische Regierung droht seit Monaten mit einer Invasion und hat in al-Bab und Afrin gezeigt, dass sie bereit ist, militärische Risiken einzugehen, um die Konsolidierung einer PKK-kontrollierten Autonomiezone zu verhindern. Zudem hat Ankara nach dem Abbruch der Friedensgespräche mit der PKK im Jahr 2015 keine Bereitschaft zu einer politischen Lösung mehr erkennen lassen. Sobald die Amerikaner tatsächlich abziehen, müssen die Kurden mit Angriffen rechnen, und die Ereignisse von Afrin haben gezeigt, dass die YPG dem türkischen Militär nicht gewachsen sind.

Außer den USA kann letztlich nur Russland die Türkei an einer Invasion hindern. Diese Einsicht hat die PYD dazu bewogen, das Gespräch mit dem Assad-Regime zu suchen. Das ist einerseits gefährlich, denn der syrische Präsident hat mehrfach erklärt, er wolle »jeden Zentimeter Syriens«, also auch Syrisch-Kurdistan, zurückgewinnen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2019
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt die Auffassung der Autoren wieder.

In der Online-Version dieser Publikation sind Verweise auf SWP-Schriften und wichtige Quellen anklickbar.

SWP-Aktuells werden intern einem Begutachtungsverfahren, einem Faktencheck und einem Lektorat unterzogen. Weitere Informationen zur Qualitätssicherung der SWP finden Sie auf der SWP-Website unter <https://www.swp-berlin.org/ueber-uns/qualitaetssicherung/>

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364
doi: 10.18449/2019A04

Andererseits kann Damaskus zurzeit nicht alleine gegen die Kurden vorgehen, da sein Militär unter einem Mangel an Soldaten leidet. Assad ist also auf russische und iranische Hilfe angewiesen, will er sein Ziel erreichen, ganz Syrien wieder seiner Kontrolle zu unterwerfen. Diese Ausgangslage macht die Annäherung an das Assad-Regime zu der weniger gefährlichen Alternative. Denn vor allem Russland könnte daran interessiert sein, dass das Regime und die PYD zu einer Einigung kommen, weil dies eine weitere Stabilisierung des Landes ohne eine große Militäraktion jenseits des Euphrat ermöglichen würde.

Dennoch ist davon auszugehen, dass die syrische Regierung die kurdische Autonomie nur so lange dulden wird, bis sie stark genug ist, auch im Norden und Osten des Landes wieder die Kontrolle zu übernehmen. Wenn Moskau und Teheran sich entscheiden sollten, bei einem Angriff auf die Kurdengebiete zu helfen, kann dies sehr schnell geschehen. Am plausibelsten ist für die nächsten Monate ein Szenario, in dem die Türkei im Norden und syrische Truppen im Süden in das heute von den Kurden beherrschte Gebiet einrücken. Die Syrer werden es vor allem auf die Ölförderanlagen nordöstlich des Euphrat anlegen; die Türken dürften sich auf eine Pufferzone nahe der Grenze beschränken. PYD und YPG könnten sich vielleicht eine Weile in dem Areal zwischen den Fronten halten. Längerfristig dürfte die PKK-Autonomie jedoch keinen Bestand haben.

Die Probleme der syrischen Kurden stellen nicht nur die USA, sondern auch Deutschland und Europa vor ein Dilemma. Einerseits haben die YPG maßgeblichen Anteil daran, dass der IS militärisch geschlagen werden konnte und sich die Sicherheitslage in Europa seit 2017 entspannte. Ohne die kurdischen Truppen hätte die US-geführte Koalition den IS in Syrien vielleicht nur aus der Luft und viel weniger effektiv bekämpfen können. Möglicher-

weise hätte der IS in einer solchen Situation weitere Anschläge in Europa planen können. Es gab deshalb seit 2014/15 keine überzeugende Alternative zur Zusammenarbeit mit den YPG.

Andererseits ist die Türkei ein wichtiger Nato-Verbündeter, der einen Anspruch darauf hat, dass Deutsche und Europäer seine Bedrohungswahrnehmungen ernst nehmen. Da es sich bei der PYD und den YPG um integrale Bestandteile der PKK handelt, die den türkischen Staat seit 1984 in einem Konflikt bekämpft, der wahrscheinlich mehr als 40 000 Todesopfer forderte, ist es zumindest nachvollziehbar, dass Ankara in dem Autonomiegebiet in Syrien eine Gefahr sieht. Die teils heftige Kritik der Türkei am Bündnis der US-Koalition mit der PYD wird verständlicher, wenn man die innere Verfasstheit der Organisation genauer betrachtet.

Die beste Lösung für dieses Dilemma wäre eine Friedenslösung zwischen der Türkei und der PKK. Die deutsche und die europäische Politik sollten weiter darauf drängen, dass die 2015 abgebrochenen Verhandlungen wiederaufgenommen werden und eine politische Lösung gefunden wird. Das mag angesichts der verhärteten Fronten vor allem in Ankara zurzeit nicht realistisch sein. Trotzdem muss die politische, friedliche Beilegung der Kurdenfrage in der Türkei, in Syrien, im Irak und im Iran ein wichtiges Interesse der deutschen und europäischen Türkei- und Nahostpolitik bleiben.

Dr. Guido Steinberg ist Wissenschaftler in der SWP-Forschungsgruppe Naher / Mittlerer Osten und Afrika. Aljoscha Albrecht arbeitete als Praktikant in der Forschungsgruppe Naher / Mittlerer Osten und Afrika. Derzeit absolviert er seinen Master in Middle East Politics an der School of Oriental and African Studies (SOAS) in London.